

Präsidentin des Nationalrates
Doris Bures
Parlament
1017 Wien

Wien, am 23. November 2015

Geschäftszahl (GZ): BMWFW-10.101/0636-IM/a/2015

- In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 6561/J/J betreffend "Frustration über den Wirtschaftsstandort Österreich", welche die Abgeordneten Mag. Roman Haider, Kolleginnen und Kollegen am 23. September 2015 an mich richteten, stelle ich fest:

Antwort zu den Punkten 1 bis 8 der Anfrage:

Auch wenn die meisten europäischen Länder noch nicht auf einen robusten Wachstumspfad zurückgekehrt sind, kommt die Konjunktur in Österreich dennoch wieder in Fahrt. So beurteilten Unternehmen die Exportaufträge im dritten Quartal 2015 auf Basis der anhaltenden Konjunkturerholung bereits wieder deutlich zuversichtlicher. Auch die Exporterwartungen für die kommenden Monate sind erstmals seit dem vierten Quartal 2014 wieder überwiegend positiv. Die Exportdaten der Statistik Austria für den Zeitraum Jänner bis August 2015 zeigen einen Anstieg der Exporte um 2,4 % auf € 85,73 Mrd. Das Handelsbilanzdefizit (€ 1,11 Mrd.) wurde gegenüber der Vorjahresperiode (€ 2,12 Mrd.) annähernd halbiert. Im Handel mit Drittstaaten außerhalb der Europäischen Union konnte sogar ein Überschuss von € 1,00 Mrd. erwirtschaftet werden. Das zeigt, dass die vom Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft gemeinsam mit der Wirtschaftskammer Österreich durchgeführte Internationalisierungsoffensive "go international" die Diversifizierung der Exportwirtschaft vorangetrieben hat.

Aufgrund der Einkommensentlastung durch die mit 1.1.2016 in Kraft tretende Steuerreform und einer Ausweitung der Beschäftigung schätzen die Experten des

Wirtschaftsforschungsinstituts (WIFO) das Wachstum des privaten Konsums, der 2014 noch stagnierte, 2015 real auf 0,4% und 2016 auf 1,3%. Auch die Nachfrage nach Investitionen soll im nächsten Jahr anziehen. In Summe rechnet das WIFO 2016 mit einer Verdoppelung des BIP-Wachstums auf 1,4 %.

Die Befragungsergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom Oktober 2015 zeigen hinsichtlich der Ausblicke auf die nächsten Monate zum wiederholten Mal eine Verbesserung. Der von der Europäischen Kommission ermittelte Economic Sentiment Indicator (ESI) verbesserte sich im Oktober 2015 in der Eurozone um 0,3 Punkte auf 105,9 und liegt EU-weit bei 107,5. Damit liegt der ESI für beide Regionen über dem langfristigen Durchschnittswert.

Von Seiten ausländischer Investoren besteht jedenfalls hohes Vertrauen in die heimische Standortqualität, was durch das vorjährige Rekordergebnis von ABA – Invest in Austria mit 276 betreuten Betriebsansiedlungen belegt wird. Dies ist das bisher höchste Ergebnis in der 32-jährigen Unternehmensgeschichte. Die mit den Neuan-siedlungen verbundene Investitionssumme erhöhte sich gegenüber Jahr zuvor um knapp 7% auf € 371 Mio., während die Zahl der durch die Ansiedlungen geschaffenen heimischen Arbeitsplätze um 79% auf 2.645 stieg. Für 2015 zeichnet sich abermals ein ausgezeichnetes Ergebnis ab.

Österreich punktet als Standort weiterhin mit spezifischen Vorteilen wie der Forschungsprämie oder der Gruppenbesteuerung. Die Erfahrungswerte der ABA - Invest in Austria mit deutschen Investoren belegen, dass Österreichs Vorteile etwa in der Gewinnbesteuerung der Unternehmen, im einfacheren Umgang mit Behörden und der langfristigen Sicherheit in der Energieversorgung gesehen werden.

Hervorzuheben ist weiters, dass in Österreich 70 % der neu gegründeten Unternehmen fünf Jahre nach Gründung noch existieren, was europaweit, wo diese Rate im Schnitt 50% beträgt, den Spitzenplatz bedeutet.

Diese grundsätzlich positiven Trends sollen gefestigt und verstärkt werden. Zur weiteren Ankurbelung der Konjunktur werden daher insbesondere folgende Maßnahmen gesetzt:

Steuerreform und Lohnnebenkostensenkung:

Mit der Steuerreform wurde der Eingangssteuersatz von 36,5 auf 25 % gesenkt. Von der teilweisen Vorziehung der Negativsteuer auf 2016 und der automatischen Auszahlung ab 2017 werden zusätzliche konjunkturelle Impulse erwartet. Als erster Schritt zur Senkung der Lohnnebenkosten wurden die Beiträge zur Unfallversicherung und zum Insolvenzentgeltfonds um jeweils 0,1 Prozentpunkte verringert, was die Wirtschaft um rund € 200 Mio. entlastet. Eine weitere spürbare Senkung der Lohnnebenkosten im Ausmaß von bis zu € 1 Mrd. wird stufenweise bis 2018 umgesetzt, was allein 14.000 Arbeitsplätze ermöglicht.

Wohnbauoffensive zur Stärkung der Investitionen

Das Konjunkturpaket zur Schaffung von leistbarem Wohnraum wird kostengünstigere und längerfristige Mittel der Europäischen Investitionsbank für den Bau von zusätzlichen 30.000 Wohnungen über einen Zeitraum von fünf bis sieben Jahren bereitstellen. Das soll zur Belebung der Konjunktur und zur Schaffung von bis zu 20.000 zusätzlichen Vollzeit-Arbeitsplätzen über die Laufzeit des Programms führen.

Insgesamt sollen ein Gesamtinvestitionsvolumen von € 5,75 Mrd. Euro und leistbarer Wohnraum für rund 68.000 Bewohnerinnen und Bewohner geschaffen werden.

Zudem investiert die Bundesimmobiliengesellschaft über ihre Tochter Austria Real Estate bis 2020 rund € 2 Mrd. in den heimischen Wohnbau. Das ermöglicht den Bau von zusätzlichen rund 10.000 neuen Wohnungen.

Thermische Sanierung:

Die Fortführung der Bundes-Sanierungsscheckaktion setzt Impulse für Klimaschutz und Wirtschaft. Seit 2009 wurden dabei insgesamt 106.900 Förderanträge genehmigt, womit Investitionen von € 4,1 Mrd. ausgelöst werden konnten. Insgesamt wurden 20 Mio. Tonnen CO₂ eingespart. Allein im Vorjahr konnten mit dem Sanierungsscheck 16.400 Haushalte und 450 Betriebsgebäude thermisch saniert werden. Für 2015 sind eine Förderhöhe von € 78,2 Mio. und ausgelöste Investitionen von € 570 Mio. zu erwarten.

Die Förderaktion wird auch 2016 fortgesetzt. Ziel ist eine Fokussierung auf innovative und energieeffiziente Haustechnik, um Leuchtturmprojekte zu unterstützen und eine Brücke zu den Energieeffizienz-Zielen zu schlagen. Um die herkömmliche Wärmedämmung zu reduzieren, wird es einen signifikanten Bonus für nachwachsende Rohstoffe geben.

Stärkung der Unternehmensfinanzierung:

Langfristige Ziele der Förderung von Risikokapital als alternative Finanzierungsform für junge forschungs- und technologieorientierte Unternehmen sind einerseits die Verbesserung der mittel- und langfristigen Finanzierungsstruktur von österreichischen KMU und andererseits die verstärkte Mobilisierung von (privatem) Risikokapital zur Finanzierung der Gründungs- und Wachstumsphase.

Innovative Instrumentarien in diesem Zusammenhang stellen die von der aws abgewickelten Initiativen wie etwa die Jungunternehmer-Offensive, der aws-Mittelstandsfonds, die Venture Capital Initiative und die Cleantech Initiative dar.

Mit dem Alternativfinanzierungsgesetz (AltFG), das am 1. September 2015 in Kraft getreten ist, wurde ein moderner und zeitgemäßer Rechtsrahmen zur Finanzierung von heimischen Unternehmern geschaffen. Im Kapitalmarktgesetz wird die Grenze für die Erstellung eines vollen Kapitalmarktprospekts von € 250.000 auf € 5 Mio. angehoben. Für Emissionsvolumina zwischen € 100.000 und € 1,5 Mio. ist nur eine Informationsverpflichtung vorgesehen, für Emissionsvolumina zwischen € 1,5 Mio. und € 5 Mio. lediglich eine vereinfachte Prospektpflicht. Emittenten können so binnen sieben Jahren bis zu € 5 Mio. über das AltFG aufnehmen; darüber hinaus ist ein Kapitalmarktprospekt zu erstellen.

Schließlich wurde im August 2014 bei der aws die Kontaktplattform www.equityfinder.at eingerichtet, welche den Zugang zu Crowdfunding, Risikokapital und Business Angels erleichtert. Auf der Kontaktplattform können sich Start-ups sowie KMU präsentieren und mit alternativen Geldgebern in Österreich vernetzen.

Forschungspolitik:

Die Umsetzung der 2011 vorgestellten Strategie für Forschung, Technologie und Innovation (FTI-Strategie) hat zum Ziel, Österreich bis 2020 zum Innovation Leader zu machen. Beispielhaft sind dafür folgende Maßnahmen zu nennen:

Die Forschungsprämie als wichtiger steuerlicher Anreiz für forschende Unternehmen wurde im Rahmen der Steuerreform von 10 auf 12 % erhöht, was zur weiteren Attraktivierung des Standorts für die Ansiedlung internationaler Unternehmen und von deren F&E-Abteilungen beitragen wird.

Mit dem Programm "Wissenstransferzentren und IPR Verwertung" sollen durch die Kooperation mehrerer Universitäten mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen die Spitzenforschung gebündelt sowie sichtbare strategische Forschungsschwerpunkte für die Wirtschaft definiert werden. Ein wesentliches Ziel ist es, Verwertungspotenzial an den Universitäten auszuschöpfen und zu erweitern sowie Entrepreneurship zu stärken. Im Rahmen des Programms werden drei regionale Wissenstransferzentren sowie ein thematisches Wissenstransferzentrum im Bereich Life Sciences etabliert.

Das Programm COMET fördert den Aufbau von Kompetenzzentren, die ein von Wirtschaft und Wissenschaft gemeinsam definiertes Forschungsprogramm abwickeln. Im Frühjahr 2014 erfolgten Förderzusagen in Höhe von € 75,3 Mio. für zehn neue K1-Zentren und elf neue K-Projekte. Für weitere Ausschreibungen von K-Projekten und K1-Zentren wurden im Jahr 2015 insgesamt € 57,6 Mio. an Bundesmitteln zur Verfügung gestellt; die Förderentscheidungen werden 2016 getroffen.

Generell ist die Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft in Österreich sehr gut entwickelt, woran die umfassenden FTI-Kooperationsprogramme wie COMET, Research Studios Austria, Laura Bassi Zentren sowie Christian Doppler Labors, die in den vergangenen 10 bis 20 Jahren auf- und ausgebaut wurden, einen wesentlichen Anteil haben. COMET und die Christian Doppler Labors gelten als europäische Best Practice-Beispiele, die etwa im EU-Competitiveness Report 2014 als besonders erfolgreiche Instrumente zur Unterstützung der Forschungszusammenarbeit zwischen Industrie und Forschungseinrichtungen hervorgehoben wurden.

Das neue Forschungs- und Innovationsförderungsprogramm der Europäischen Union HORIZON 2020 sieht erstmals Förderungen entlang der gesamten Innovationskette

von der Grundlagenforschung bis hin zur Markteinführung von Produkten vor. In der ersten Ausschreibungsrunde konnten von österreichischen Institutionen Förderungen in Höhe von rund € 250 Mio. lukriert werden. Die österreichische Erfolgsrate für Beteiligungen liegt mit 16,6 % über dem EU-Durchschnitt von 15,1 %.

Gründerlandstrategie:

Unter Einbindung von mehr als 250 Akteurinnen und Akteuren sowie Institutionen, unter anderem aus den Bereichen Start-Ups, etablierte Gründerinnen und Gründer, Seed Investoren, Business Angels, Venture Capital Geber, Förderagenturen, Forschungseinrichtungen und Interessenvertretungen der Gründerszene, wurde die Strategie "Land der Gründer - Auf dem Weg zum gründerfreundlichsten Land Europas" entwickelt.

Auf Basis umfangreicher Analysen wurden im Rahmen dieser Gründerlandstrategie die fünf wesentlichen politischen Handlungsfelder Innovation, Finanzierung, Bewusstseinsbildung, Netzwerke und Infrastruktur & Regulatorik sowie 40 Maßnahmen zur Umsetzung der Strategie definiert. Die Schwerpunkte reichen dabei von Instrumenten zur Steigerung der Innovationsaktivitäten über Tools zur Verbesserung der Finanzierung und die dichtere nationale und internationale Vernetzung der Gründer-, Start-up- und Innovations-Landschaft bis hin zum weiteren Abbau bürokratischer Hürden im Gründungsprozess.

Standortstrategie Leitbetriebe:

Zur weiteren Verbesserung der Rahmenbedingungen für heimische Leitbetriebe hat das Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft gemeinsam mit der Industriellenvereinigung und rund 40 CEOs heimischer Leitbetriebe die Erarbeitung einer Standortstrategie Leitbetriebe lanciert. Die insgesamt etwa 130 Vorschläge der CEOs wurden am 9. Oktober 2014 der Öffentlichkeit präsentiert. Zur Bewertung des Fortschritts wurde ein Umsetzungsmonitor aufgesetzt.

Eine Vielzahl der von den CEOs geforderten Maßnahmen ist mittlerweile bereits umgesetzt oder in Umsetzung, wie etwa Lohnnebenkostensenkung, Forschungsprämie, Zugangserleichterung für Forscherinnen und Forscher, Breitbandausbau, sprachliche Frühförderung, Bürokratieabbau, Lehrberufspaket und Erleichterung der Berufsankennung.

Agenda Industrie 4.0:

Eine besondere Herausforderung für die Industrie- und Innovationspolitik ist die zunehmende Digitalisierung der industriellen Produktion, die sich aus dem Zusammenwachsen modernster Informations- und Kommunikationstechnologien mit der Produktionstechnologie ergibt. Das Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft hat dazu eine Agenda Industrie 4.0 entwickelt.

In folgenden FTI-Programmen wird der Schwerpunkt Industrie 4.0 umgesetzt:

- Dienstleistungsinitiative des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft: € 5 Mio. im Jahr 2015 (Programm COIN "Cooperation and Innovation" und Basisprogramme der FFG)
- Programm "Forschungskompetenzen für die Wirtschaft": € 3,25 Mio. im Jahr 2015
- "ProTrans-4.0" zur Unterstützung der strategischen Produktfindung: € 4,6 Mio. im Jahr 2015.

Dr. Reinhold Mitterlehner

	Unterzeichner	Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft
	Datum/Zeit	2015-11-23T13:44:40+01:00
	Aussteller-Zertifikat	CN=a-sign-corporate-light-02,OU=a-sign-corporate-light-02,O=A-Trust Ges. f. Sicherheitssysteme im elektr. Datenverkehr GmbH,C=AT
	Serien-Nr.	1184203
	Hinweis	Dieses Dokument wurde amtssigniert.
	Prüfinformation	Informationen zur Prüfung der elektronischen Signatur finden Sie unter: https://www.signaturpruefung.gv.at/ . Die Bildmarke und Hinweise zur Verifikation eines Papierausdrucks sind auf https://www.bmfwf.gv.at/amtssignatur oder http://www.help.gv.at/ veröffentlicht.
Signaturwert	mFgc/1JlQJhg2jRyZnAHkrM7Bz6HhboYZID3ZUsYeKejcdDNuUJMzYcuEO65smIhDr3SKNYdpan5FrxMNVG5/cvTQPaczr33N52ar+3+1eIK7IuxXSPJMQE/Qz4rtHEXZp2DFIv5Un+pp+mYfG6JKC4LQTYW1V1OM0cxPwgbudkj0WA9SO5Xx/kJEJSemI5B8ljs26g5FTaS2Emkhu7bZzQYIowcceBy9INTsCegyebMK+N8SL5yBoa5snNQf/H5CR+dZMINJY8HVncMNiUE00a/uj+kvVnwawUvXDHmSq1d0A5p4J8EZZIw/jxfwseskDG06VPnR4q8p1OA==	

